

für die Beendigung der militärischen Besatzung im Irak

Nachdem bereits zehntausende FriedensaktivistInnen am 29. Januar 2007 in Washington für die Beendigung des Krieges im Irak demonstriert hatten, wird sich am 17. März 2007 eine noch größere Menge vor dem Pentagon einfinden. In mehr als 50 Ländern wird es zugleich Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams geben.

Selbst gegenüber einer internationalen Bewegung gegen die Besatzung bleibt die Regierung Bush weiterhin hart und unflexibel.

Einerseits kündigen sie an zu den 140 000 stationierten Soldaten im Irak noch weitere 26 000 zu entsenden, da die „Sicherheit“ durch die wachsende Widerstandsbewegung in Bagdad nicht mehr gesichert wäre, andererseits wird ein Rückzugszenario entworfen, um eine traumatisierende Niederlage wie im Vietnamkrieg zu verhindern. Zugleich wurden zwei Flugzeugträger in die Golfregion geschickt, um eventuell einen Militärschlag gegen den Iran noch in der Amtszeit von Bush vorzunehmen.

England und Dänemark haben bekannt gegeben Teile ihrer Truppen aus dem Irak zurückzuziehen.

Italien, das von einer Linkskoalition regiert wird, hatte den Abzug der Truppen versprochen und jetzt trotzdem aufrechterhalten. Dafür hat die Friedensbewegung in Italien vor einigen Wochen mit über 100.000 TeilnehmerInnen an einer Demonstration in Vinzenze ein kräftiges Lebenszeichen von sich gegeben und die Regierung Prodi I zu Fall gebracht.

Das Europäische Parlament hat die USA wegen der Entführung von Personen aus europäischen Ländern durch den CIA in Drittländer zum Zweck der Folter und Vernehmung, verurteilt.

Der US-Kongress, der bereits in den Händen der Demokratischen Partei ist, hat sich gegen die Besatzung ausgesprochen und sogar der Widerstand innerhalb der bewaffneten US-Streitkräfte ist bekannt geworden.

In einem internationalen Aufruf heißt es: „Wir rufen alle für den Frieden eintretende Menschen in der Welt auf, an einer Kampagne teilzunehmen, um der Militärbesatzung im Irak ein Ende zu setzen. (Manifest der TrägerInnen des Friedens- und Literaturnobelpreises; Cindy Sheehan und @ndere Friedens- und Men-



Steirische Friedensplattform
www.friedensplattform.at



schenrechtsaktivistInnen; Religiöse Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen; Ex-Regierungsminister; AutorInnen; JournalistInnen...)

„Der Tod von zehntausenden von Zivilpersonen, die über hunderttausend Verletzten, die Folter und Ermordung von Gefangenen in Händen der US-amerikanischen Militärs haben den massiven Staatsterrorismus, der an der irakischen Bevölkerung verübt wird, sichtbar gemacht.

Gleichzeitig bedauern wir den Tod von tausenden Soldaten der „Koalitionskräfte“ während wir die Lügen, die die Invasion durch die Bush-Administration rechtfertigen sollten, (massive Zerstörungswaffen; Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Qaida) anklagen.“ (Quelle: www.globalcalliraq.blogspot.com)

- **SOFORTIGER Abzug aller Besatzungstruppen aus den IRAK!**
- **Rückzug aller Besatzungstruppen auch der Natotruppen aus AFGHANISTAN !**

Militärbudget explodiert: plus 33% !

Hauptgrund: Eurofighter-Ankauf und „Auslandseinsätze“

Aufruf zur Kundgebung gegen Eurofighter am 24. März vor dem Parlament

Das Budget der rot-schwarzen Regierung liegt auf dem Tisch. Der unglaubliche Tiefpunkt dieses Budgets wird in den Medien eher am Rande erwähnt: während insgesamt 620 Millionen Euro eingespart werden sollen, wird das Militärbudget um sage und schreibe **33% erhöht, und zwar um 600 Millionen von 1,8 auf 2,4 Milliarden Euro**. Grund, so Verteidigungsminister Darabos: Die Finanzierung der Eurofighter und die „Sicherstellung der Auslandseinsätze“ (ORF-Mittagsjournal, 2.3.2007). Unter Kanzler Gusenbauer erreicht Österreich damit das **höchste Rüstungsbudget in der Geschichte der 2. Republik**. Das ist kein Zufall, denn: die SP/VP-Regierung bekennt sich – genauso wie ihre schwarz-blau-orangen Vorläufer – ohne Wenn und Aber zur EU-Militärpolitik. Und diese sieht vor, bis zum Jahr 2010 umfassende Kapazitäten für globale Militäreinsätze aufzubauen. Ein Kernstück dafür ist die Einsatzfähigkeit der Eurofighter-Kampfbomber (EU-weit über 600 Stück). Es gehört zu den unverschämtesten Lügen der Regierenden, dass die Eurofighter zum Schutz der Neutralität beschafft werden sollen. Das glatte Gegenteil ist wahr. Es geht um Kampfflugzeuge, um **„bis weit hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und Kaukasus“** Militäreinsätze fliegen zu können, wie das Streitkräftekommandant Günter Höfler ausgeplaudert hat (Kleine Zeitung, 13.12.2005).

Fähigkeit zu Flächenbombardements

Aus einem Akt des Verteidigungsministerium vom 15. April 2000 geht hervor, dass es nie um den Ankauf von „Luftraumüberwachungsflugzeugen“, sondern immer schon um offensive Kampfbomber ging, die gegen Bodenziele zum Einsatz gebracht werden können. So verlangte das Verteidigungsministerium, dass die zukünftigen Abfangjäger u.a. folgende Mittel zum Einsatz bringen können sollen:

- „flächendeckende Bomben
- Freifallbomben (500 – 2.000 Pfund-Kategorie)
- Lenk Waffen zum Einsatz gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge

- Gesteuerte Bomben (z.B. lasergesteuert)
- Lenk Waffen gegen elektromagnetische Emission von Bodenzielen
- Lenk Waffen zum Einsatz gegen gehörte Ziele
- Lenk Waffen zum Einsatz gegen Flugbetriebsziele“

(Quelle: „Leistungsbeschreibung Luftraumüberwachung“, Pkt 3.2.24, BMLV, 15.04.2000)

Am 30. Oktober 2006 hat eine Mehrheit des Nationalrates die Regierung aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen und den Beschaffungsvorgang auf der Stelle zu stoppen. Damals noch mit den Stimmen von Gusenbauer und Darabos. Als Bundeskanzler und Verteidigungsminister wollen diese nun von ihrem eigenen Beschluss nichts mehr wissen. Der Beschaffungsvorgang wird unvermindert fortgesetzt. Dabei gibt es genügend Gründe wegen **„Sittenwidrigkeit“ aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen, ohne einen Cent zu zahlen** (siehe dazu auch <http://www.werkstatt.or.at>). Ein Konzern, der Schmiergeldzahlungen von Subkontrahenten vertraglich freistellen lässt, und Geschäftspartner mit Strafen bedroht, wenn sie vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagen, kann kein Vertragspartner der Republik sein. Die Nationalratsabgeordneten sind aufgefordert, ihre eigenen Beschluss für den Eurofighter-Ausstieg gegenüber der Regierung durchzusetzen, wenn sie nicht zu Marionetten der Rüstungslobby werden wollen.

Machen wir gemeinsam Druck gegen Eurofighter und die Explosion des Rüstungsbudgets!

